

Antrag

der AfD-Fraktion

Debatte um den Umgang mit Klimaänderungen versachlichen - umweltpolitischen Strategiewechsel initiieren

Der Landtag stellt fest:

Unabhängig davon, ob und in welchem Ausmaß die zu beobachtenden Klimaänderungen auf anthropogene Kohlendioxidemissionen zurückgeführt werden können, ist der panische Aktionismus, der insbesondere bei sogenannten Klimaaktivisten in den letzten Jahren um sich greift, nicht die richtige Antwort auf diese Problematik.

Statt in Brandenburg zur Bekämpfung von globalen Klimaänderungen immer hektischer und kopfloser eine längst gescheiterte „Energiewende“ voranzutreiben, kommt es vielmehr darauf an, die Debatte um den Umgang mit Klimaänderungen zu versachlichen und darüber hinaus vorausschauende Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag wird aufgefordert,

1. im Rahmen einer strategischen Kommunikationskampagne im Land Brandenburg bis zum dritten Quartal 2023 auf eine grundlegende Versachlichung der Debatte um den Umgang mit zukünftig möglichen Klimaänderungen hinzuwirken.
2. bei der Weiterentwicklung der vom MLUK koordinierten Schlüsselstrategie „Klimaplan Brandenburg“ das dogmatische Ziel einer nationalen oder gar regionalen „Klimaneutralität“ aufzugeben und stattdessen schwerpunktmäßig für die Land- und Forstwirtschaft sowie für das Wassermanagement vorausschauende und ressortübergreifende Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.
3. sich auf allen politischen Ebenen stärker als bisher für die Bewältigung von anthropogen bedingten Umweltproblemen einzusetzen, die trotz aller bisherigen Anstrengungen und unabhängig von möglichen Klimaänderungen auf regionaler, nationaler oder globaler Ebene bislang fortbestehen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der von den Altparteien täglich geförderten Panikmache hinsichtlich der sogenannten Klimakrise bzw. der möglichen „Kippelemente im Erdklimasystem“ haben die politischen Programme und Maßnahmen zur Erreichung von „Klimaneutralität“ längst irrationale Züge angenommen. Dies ist insofern unverhältnismäßig und nicht gerechtfertigt, da Deutschland angesichts der Situation in China und anderen Schwellenländern nur einen geringen Anteil an den globalen Kohlendioxidemissionen hat.

Zudem ist das von der Landesregierung formulierte Ziel der „Klimaneutralität“ nicht operational, da die diesem Ziel zugrunde liegenden Klimaszenarien lediglich auf Modellannahmen beruhen und daher mit erheblicher Unsicherheit verbunden sind. So kann bspw. niemand sagen, wie viele Windindustrieanlagen und Solarparks in Brandenburg zusätzlich noch erforderlich sind, um damit einen bestimmten, quantifizierbaren Effekt auf das Weltklima ausüben zu können. In diesem Zusammenhang ist eine aufklärende Kommunikationskampagne dringend erforderlich.

Auf dieser Kommunikationskampagne aufbauend, könnten im Rahmen eines umweltpolitischen Strategiewechsels politische Programme stärker als bisher auf konkrete Anpassungsmaßnahmen konzentriert werden. Als Beispiel ist das vom Landesbauernverband Brandenburg initiierte Projekt „Klimabauern“ zu nennen, mit dem Wissenstransfer zu relevanten Themen wie etwa Humusaufbau und Wassereinsparungsmaßnahmen realisiert werden soll. Im Bereich des gemeinsamen Wassermanagements könnte bspw. verstärkt darauf hingewirkt werden, endlich die bislang kaum gebremste Flächenversiegelung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg einzudämmen.

Darüber hinaus müssen zukünftig verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um konkrete, anthropogen bedingte Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, die trotz aller bisherigen Anstrengungen und unabhängig von möglichen Klimaänderungen weiter fortbestehen. Kritisch ist in diesem Zusammenhang insbesondere festzustellen, dass durch die Errichtung von immer mehr Windindustrieanlagen und Solarparks in Brandenburg zunehmend das zerstört wird, was eigentlich als schutzwürdig erachtet wird: ein möglichst intaktes Landschaftsbild sowie ein stabiles ökologisches Gefüge als Lebensgrundlage für den Menschen, der in seiner Heimat verwurzelt ist.